



Coup: Grüner Abgeordneter wechselt zur SPÖ

Vor der heutigen Landtagssitzung zum Wahlrecht verkündet die SPÖ einen Coup: Der grüne Abgeordnete Senol Akkilic wechselt zur SPÖ. Damit ist die von den anderen Parteien angestrebte Reform so gut wie zum Scheitern verurteilt.

„Mit Senol Akkilic gewinnt die SPÖ Wien einen absoluten Integrationsexperten“, wird SPÖ-Landesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler auf der SPÖ-Twitter-Seite zitiert. Viel wichtiger für die SPÖ dürfte jedoch sein, dass die Partei damit nun im Landtag bzw. Gemeinderat 50 von 100 Stimmen hat - und damit gleich viele wie die ÖVP, Grüne und FPÖ gemeinsam. So können sie bei der Sitzung am Freitag verhindern, dass ein neues Wahlrecht durchgeboxt wird.

Akkilic ist seit 2010 Abgeordneter. Er habe am Freitag per E-Mail seinen Austritt aus dem grünen Klub mitgeteilt, hieß es in einer Aussendung der SPÖ Wien. Als Grund nannte er, dass er bei der SPÖ „die so wichtige Integrationsarbeit“ fortführen könne. Auch die Vorgehensweise der Grünen für eine Änderung der Geschäftsordnung im Landtag habe ihm bei der Entscheidungsfindung geholfen: „Ich kann nicht mitvollziehen, dass es keine gemeinsamen Spielregeln mehr im Landtag und Gemeinderat geben soll, nur weil es beim Wahlrecht keine Einigung gibt. Es ist für mich ein elementarer demokratischer Grundsatz, dass alle den Regeln zustimmen, nach denen Politik gemacht wird. Da die Grünen diesen Grundsatz verlassen, muss ich mich von den Grünen trennen“, wird Akkilic zitiert.



Senol Akkilic (Mitte) wechselt zur SPÖ

Wahlrecht: Hochspannung im Landtag

Schon in der „Aktuellen Stunde“, die vor der eigentlichen Tagesordnung auf dem Programm steht, wollen die Grünen im Landtag am Freitag über das Thema Wahlrecht diskutieren. Die eigentliche Abstimmung über den Wahlrechtskomplex steht dann am Ende der recht dünnen Tagesordnung

▶ [Wien-News](#)
[Song Contest](#)

▶ [Radio Wien](#)
Veranstaltungen,
ExpertInnen, Podcast,
Sendungen

▶ [Wien heute](#)
On demand & live

▶ [Volksgruppen](#)
Vielfalt in Wien

▶ [Landesstudio](#)
Kontakt

ORF

auf der Agenda.

Möglich werden sollte die Reform mit einem Zusatzantrag, den ÖVP, FPÖ und Grüne dank gemeinsam 51 Mandaten gegen die SPÖ (49 Mandate) beschließen wollten. Mit dem Wechsel von Akkilic zur SPÖ wurde dies nun vereitelt. Der Antrag sollte eingebracht werden, wenn die fix auf der Tagesordnung stehenden höchstgerichtlich angeordneten Wahlrechtsreparaturen (Wahlkartenfrist und Wahlausschließungsgründe) behandelt werden.

Damit Landtagspräsident Harry Kopietz diesen Zusatzantrag genehmigen muss und nicht in den Ausschuss verlegen kann, wollten die Grünen zuvor mit Hilfe von FPÖ und ÖVP die Geschäftsordnung ändern. Die entsprechenden Anträge stehen fix auf der Tagesordnung - mehr dazu in [Keine Vorentscheidung beim Wahlrecht](#). Ob die Änderung allerdings noch in derselben Sitzung gültig sein kann, darüber gab es im Vorfeld unterschiedliche Meinungen. Die SPÖ meint nein, die Grünen ja.

[Hier](#) können Sie die Sitzung des Landtags live verfolgen.

Verhandlungen in Koalition gescheitert

Die Ausgangslage: Im Jänner scheiterten die Verhandlungen zwischen SPÖ und Grünen über ein neues Wahlrecht, das weniger mehrheitsfördernd ist. Verkündet wurde das Scheitern in einer jetzt schon legendären Pressekonferenz der beiden Klubobleute - mehr dazu in [Wahlrecht: Reform gescheitert](#). Die SPÖ hätte durch die Reform basierend auf dem Ergebnis der letzten Wien-Wahl vier oder mehr Mandate verloren und war naturgemäß dagegen. Die Grünen unterzeichneten allerdings schon 2010 einen Notariatsakt mit der ÖVP und der FPÖ, wonach der Mehrheitsfaktor aus dem Wiener Wahlrecht eliminiert werden soll.

ORF.at/Roland Winkler



Blick in den Sitzungssaal

Neuwahlen für Häupl kein Thema

Ganz und gar nicht erfreut über den Vorstoß der Grünen ist Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ). Er bezeichnete den Regierungspartner als „regierungsinterne Opposition.“ Es sei bisher üblich gewesen, die Geschäftsordnung im Landtag nur im Einklang zu ändern. „Mit der Tradition wird offenbar gebrochen“, kritisierte Häupl.

Ein vorzeitiges Ende der Koalition und damit Neuwahlen schloss Häupl aber aus, die konstruktive Zusammenarbeit würde aber wohl darunter leiden. Die Grünen dürften auch wesentlich schlechtere Karten für eine Neuauflage der Koalition nach der Wahl am 11. Oktober haben. „Aus meiner Sicht kann man die Periode ohne weiteres zu Ende führen. Was danach sein wird, entscheidet ohnehin der Wähler“, sagte der



Grüne: „Weitere Optionen parat“

ÖVP-Chef Manfred Juraczka sprach im Vorfeld von einem „Elchtest für die Demokratie“. Das Vorgehen der SPÖ erinnere an „autoritär geprägte Länder“, so Juraczka. Ein „faires Wahlrecht“ könne nur noch an „roten Betonierern“ scheitern, sagte FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus. Die SPÖ dürfe sich nicht länger der „demokratischen Hygiene in Wien in den Weg stellen.“

Auch wenn der Wahlrechtsbeschluss am Freitag scheitert, ist das Thema noch nicht vom Tisch. David Ellensohn, Klubobmann der Grünen, versicherte, auch danach noch einige Optionen parat zu haben. Und die ÖVP kündigte den Gang vor den Verfassungsgerichtshof an. Sogar die nachträgliche Aufhebung der Wien-Wahl 2015 sei möglich, so die ÖVP.

Links:

- [FPÖ glaubt an frühere Wien-Wahl](#)
- [Wahlrecht: SPÖ gegen Grüne „Tricksereien“](#)
- [Wahlrecht: Grüne wollen SPÖ-Blockade vereiteln](#)
- [Wiener Landtag](#)

27.03.2015

[mehr Wien-News](#) ▶

■ ■ Social-Media-Dienste aktivieren

